



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra



BPUK DTAP DCPA

Schweizerische Bau-, Planungs- und  
Umweltdirektoren-Konferenz



Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere

Bundesamt für Raumentwicklung ARE



Schweizerischer  
Gemeindeverband

## 26. Forum Nachhaltige Entwicklung 2.13

### **Modellvorhaben weisen den Weg**

### **Neue Allianzen und innovative Ansätze für eine nachhaltige Raumentwicklung**

Protokoll

27. August 2013



## Inhalt

|                                                                                                                                          |    |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Modellvorhaben: neue Impulse für die nachhaltige Raumentwicklung<br>(Maria Lezzi, Direktorin Bundesamt für Raumentwicklung ARE)          | 2  |
| Vom Labor in die Welt: Notwendigkeit und Übertragbarkeit<br>(Fabio Giacomazzi, Gemeindepräsident von Manno/TI)                           | 3  |
| Vielfalt und Wirkungen der Modellvorhaben<br>(Martin Vinzens, Sektionsleiter Ländliche Räume und Landschaft, ARE)                        | 5  |
| Das Modellvorhaben Inscunter: neue Allianzen im Unterengadin<br>(Angelika Abderhalden, Projektleiterin, Fundaziun Pro Terra Engiadina)   | 8  |
| Genf, Modellvorhaben: vom Agglomerationsprojekt zum «grands projets prioritaires»<br>(Nicole Surchat Vial, Raumplanungsamt, Kanton Genf) | 9  |
| Podiumsgespräch: Auswirkungen und Kommunikation<br>(Dominik Büchel, Moderation)                                                          | 11 |
| Podiumsgespräch: Perspektiven und nächste Schritte<br>(Dominik Büchel, Moderation)                                                       | 13 |
| Workshops                                                                                                                                | 15 |

Nächstes Forum NE:  
26. August 2014

Zum Thema:  
«Soziale Aspekte der nachhaltigen Entwicklung»

**Maria Lezzi, Direktorin Bundesamt für Raumentwicklung ARE**

## **Modellvorhaben: neue Impulse für die nachhaltige Raumentwicklung**

Das von Roll Areal in Bern, welches als Tagungsort für das heutige Forum Nachhaltige Entwicklung gewählt wurde, war früher eine Eisenfabrik. Heute wird es von der Universität Bern sowie der Pädagogischen Hochschule genutzt. Die Transformation des Areals ist ein Beispiel für die Umsetzung einer innovativen und zukunftsfähigen Idee. In den Modellvorhaben geht es genau um solche Innovationen für eine nachhaltige räumliche Entwicklung.

Im Raumentwicklungsbericht 2005 stellte das ARE fest, dass die Raumentwicklung in der Schweiz nicht nachhaltig ist. Diesem Mangel sollte begegnet werden, und 2012 wurde das Raumkonzept Schweiz veröffentlicht, welches gemeinsam von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden erarbeitet wurde. Es umfasst eine von allen Involvierten getragene Leitidee sowie Ziele und Strategien für die nachhaltige Raumentwicklung. Die jüngsten Abstimmungsergebnisse bestätigen zudem, dass auch die Bevölkerung Schritte in Richtung einer nachhaltigen Raumentwicklung befürwortet. Dafür sind neue Ansätze und Partnerschaften notwendig.

Mit den Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung verfügt der Bund über ein Instrument, mit dem er solche Ideen und Ansätze anstossen und unterstützen kann. Modellvorhaben sind anwendungsorientierte Laboratorien, in denen neue Herangehensweisen und Ansätze getestet werden können, mit dem Ziel, die Sektoralpolitiken besser zu koordinieren, den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu fördern, wettbewerbsfähige Wirtschaftsräume zu schaffen, eine gute horizontale und vertikale Zusammenarbeit zu gewährleisten und kompakte Siedlungen mit einer hohen Lebensqualität anzustreben.

Bereits in den Jahren 2002 – 2007 wurden erste Modellvorhaben zum Thema Agglomerationspolitik vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) unterstützt. Es konnten Erfahrungen und Erkenntnisse für eine verbesserte Zusammenarbeit in Agglomerationen gewonnen werden. Aufgrund der positiven Ergebnisse – und basierend auf dem Raumentwicklungsbericht 2005 – wurde eine zweite Generation von Modellvorhaben unterstützt. Diesmal wurden zusätzlich das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) involviert. Neben der Agglomerationspolitik kamen neu die Bereiche Nachhaltige Siedlungsentwicklung und Synergien im ländlichen Raum dazu. Im Rahmen von zwei Ausschreibungsrunden wurden 44 Modellvorhaben mit neun Themenfeldern, über alle Landesteile verteilt, ausgewählt. Es wurde intensiv und kreativ über Grenzen hinweg zusammengearbeitet – es wurden Ideen entwickelt, getestet, verworfen, umgesetzt und ausgewertet. Gemeinden und Städte, Regionen, Kantone und der Bund konnten von den Modellvorhaben profitieren. Zudem bestätigen die Modellvorhaben, dass ein integratives Vorgehen für eine nachhaltige Raumentwicklung gewinnbringend ist. Maria Lezzi bedankt sich bei allen Beteiligten für ihre Mitwirkung.

Damit die gewonnenen Erkenntnisse zugänglich gemacht werden können, haben die beteiligten Bundesstellen eine Reihe von Massnahmen ergriffen; dazu gehört auch die heutige Tagung. Die Broschüre «Neue Wege und Allianzen für die nachhaltige Raumentwicklung» bietet einen Überblick über alle 44 Modellvorhaben. Fünf thematische Vertiefungsberichte präsentieren die Erkenntnisse aus den Modellvorhaben; sie enthalten auch Empfehlungen.

Beispielhaft für den Themenschwerpunkt «Nutzungspotenziale für die Siedlungsentwicklung nach innen» präsentiert Maria Lezzi das Modellvorhaben «Nachhaltige Siedlungsentwicklung in Kooperation mit privaten Wohnungseigentümern in Schaffhausen». In der Stadt Schaffhausen sollten einige Wohnsiedlungen aus den 50er und 60er Jahren dringend aufwertet werden. Das Modellvorhaben wollte die hindernden Faktoren der Siedlungserneuerung identifizieren und die Wohnliegenschaften in Zusammenarbeit mit den interessierten Eigentümern der Sanierung zuführen. Ebenfalls sollten Strategien und Instrumente zur Verbesserung der Wohnlichkeit, Attraktivität und Zukunftstauglichkeit der Quartiere entwickelt werden. Die Entwicklung der Wohnsiedlungen wurde durch die städtische Verwaltung in Kooperation mit privaten, genossenschaftlichen und institutionellen Liegenschaftseigentümern durchgeführt. Zwecks Erhebung objektiver und nachvollziehbarer Daten zu den Liegenschaften wurde das Instrument ImmoCheck kostenlos angeboten. Hier zeigt sich laut Maria Lezzi eine grosse Herausforderung: Wie können Eigentümerinnen und Eigentümer, die am Gemeinwohl und an einer nachhaltigen Entwicklung wenig interessiert sind, gewonnen werden?

Die umgesetzten Modellvorhaben enthalten Lehren und bieten Inspiration für weitere Projekte, damit nicht alle bei null beginnen müssen. Abschliessend hält Maria Lezzi fest, dass es nun darum gehe, dass Kantone, regionale Akteure, Städte und Gemeinden die Sache in die Hand nehmen und Projekte mit dem Ziel einer nachhaltigen Raumentwicklung initiieren und umsetzen. Das Forum bietet eine erste Möglichkeit, den Wissensaustausch zu beginnen und neue Kontakte zu knüpfen.

*Weitere Informationen zu den Modellvorhaben und den Publikationen:*

[www.modellvorhaben.ch](http://www.modellvorhaben.ch)

**Fabio Giacomazzi, Gemeindepräsident von Manno (TI)**

## **Vom Labor in die Welt: Notwendigkeit und Übertragbarkeit**

Einleitend erklärt Fabio Giacomazzi, dass er sein Referat mit der Präsentation eines Projekts auf lokaler Ebene im Piano del Vedeggio beginnen werde. Dabei werde er zunächst auf das Modellvorhaben «Nuovo Polo Vedeggio» (NPV) eingehen und anschliessend generelle Aspekte beleuchten.

Die Vedeggio-Ebene ist ein extrem vielfältiges Gebiet. Bis in die Fünfzigerjahre war es im Wesentlichen ländlich geprägt, und erst mit dem Bau der Autobahn im Jahr 1968 hielt der Dienstleistungssektor Einzug. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Vedeggio-Ebene richten ihre Tätigkeiten nach wie vor an einem eher «ländlichen Entwicklungsmodell» aus, auch wenn in letzter Zeit vermehrt eine internationale Durchmischung der Bevölkerung zu beobachten ist. Das gesamte Gebiet gehört zur Agglomeration Lugano, welche aus einem urbanen Zentrum, der Ebene von Scariolo, der Vedeggio-Ebene sowie aus Grünflächen besteht. Der NPV, der Teil der Vedeggio-Ebene ist, und das urbane Zentrum von Lugano sollen zum Wachstumsmotor für die ganze Agglomeration werden.

In planerischer Hinsicht entwickelt sich das Projekt um eine zentrale Achse und um verschiedene Teilbereiche herum. Diese Struktur ermöglicht es, die Siedlungsentwicklung in diesem Gebiet neu zu definieren. Auf der Grundlage des Planungskonzepts wurde eine Reihe von Projekten für die strategisch wichtigen Bereiche vorangetrieben. Hinsichtlich der Umsetzung des Projekts sind mehrere Handlungsfelder vorgesehen: die Koordination der Projekte auf interkommunaler Ebene, die städtebauliche Detailplanung für strategisch wichtige Bereiche, die angemessene Aufteilung der Kosten, die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor, eine aktive Bodenpolitik mit dem Ziel einer räumlichen Neuordnung und einem parallel zur Projektierung laufendes Standortmarketing sowie die Überprüfung der Nachhaltigkeit des Projekts.

Die Projektleitung wurde einer interkommunalen Gruppe übertragen, die die Gemeinden Agno, Bioggio und Manno («Gruppe ABM») umfasst. Die genannten Gemeinden haben bereits vorher über einen langen Zeitraum hinweg zusammengearbeitet und dabei eine gemeinsame Kooperationskultur entwickelt. Für die Realisierung der verschiedenen Vorhaben sind Vereinbarungen zwischen den drei Gemeinden unumgänglich. Solche Übereinkommen ermöglichen dann auch den Einbezug des Kantons und/oder des Bundes.

Das Modellvorhaben hat in mehrfacher Hinsicht zur nachhaltigen Entwicklung der Vedeggio-Ebene beigetragen. So ermöglichte es auf kantonaler Ebene, den Inhalt des kantonalen Richtplans für dieses Gebiet zu präzisieren. Weiter konnte auf regionaler Ebene der im Rahmen des Agglomerationsprogramms von Lugano entwickelte Begriff der «Nuova Città» konkretisiert werden, und für die Gemeinden Agno, Bioggio und Manno schliesslich bietet das Modellvorhaben einen Bezugsrahmen für eine koordinierte und gemeinsame Raumentwicklungspolitik. Welchen Mehrwert bietet das Label «Modellvorhaben» für das Projekt NPV? Durch die Aufnahme in den Kreis der Modellvorhaben profitierte man von thematischen und methodischen Inputs des ARE und vom Erfahrungsaustausch mit anderen schweizerischen Projekten, die sich den gleichen Problemen gegenüber sahen. Gleichzeitig wurde in der Bevölkerung und in lokalen politischen Kreisen das Bewusstsein geweckt, dass man an einem bedeutenden Projekt beteiligt ist.

Fabio Giacomazzi schliesst sein Referat mit der Feststellung, dass die Planung eines suburbanen Raums ein iterativer und komplexer Prozess ist, der sich zwischen der lokalen und den übergeordneten Ebenen abspielt. Eine gemeinsame Vision der Raumordnung ist dabei eine grundlegende Voraussetzung. Ein solches Projekt kann dann erfolgreich sein, wenn alle Akteure, nicht nur die öffentlichen Körperschaften, aktiv einbezogen werden.

**Martin Vinzens, Sektionsleiter Ländliche Räume und Landschaft, ARE**

## **Vielfalt und Wirkungen der Modellvorhaben**

Martin Vinzens zeigt anhand fünf ausgewählter Beispiele die Vielfalt und Wirkung von Modellvorhaben auf und geht vorher auf den Mehrwert der Modellvorhaben für Bund und Regionen ein. Die Auswertung der «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2007 bis 2011» hat gezeigt, dass das Instrument der Modellvorhaben von den Regionen und Gemeinden als sehr wertvoll angesehen wird, weil sie auf regionaler und lokaler Ebene einen vielfältigen Mehrwert schaffen.

- Zahlreiche Modellvorhaben haben massgebend dazu beigetragen, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Kantonen zu verbessern, indem sie Kooperationsprozesse ausgelöst, deblockiert oder beschleunigt haben; so sind neue Netzwerke und Governance-Strukturen entstanden.
- In verschiedenen Modellvorhaben wurde auch das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Probleme und Sichtweisen der engagierten Gemeinden gefördert.
- Darauf aufbauend konnte ein gemeinsames Bewusstsein und ein besseres Image entwickelt werden.
- Die Modellvorhaben führten zu konkreten Verbesserungen und einer besseren Nutzung von Potentialen vor Ort, was die lokale Wertschöpfung erhöhte.
- Im Rahmen von Modellvorhaben wurden auch bestehende Verfahren und Prozesse mit Privaten und der öffentlichen Verwaltung optimiert.
- Und nicht zuletzt konnte die Qualität von Planungen in den Regionen verbessert und damit auch ein Erfahrungs- und Wissensschatz generiert werden, der auch in anderen Regionen Impulse auslösen kann. Vielmehr wurde auch Know-how generiert, das auf andere Regionen übertragbar ist.
- Weiterhin von grosser Bedeutung für alle Modellvorhaben wird die Verbesserung der sektorübergreifenden horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit sein.

Martin Vinzens betont, dass die Modellvorhaben auch auf Bundesebene vielfältige Wirkungen ausgelöst haben. Auf der Bundesebene wird der Erfahrungsschatz der Modellvorhaben genutzt, denn die konkreten Beispiele, die neuen Lösungsansätze und das gute Anschauungsmaterial treiben die Umsetzung der Bundespolitik voran, und nationale Gesetze, Politiken und Strategien können anhand der Erkenntnisse der Modellvorhaben weiterentwickelt werden. So wurden beispielsweise das Raumkonzept Schweiz oder die Agglomerationspolitik dank einiger Modellvorhaben in der Konkretisierung vorangebracht. Das Projekt «Landschaftsaufwertung durch freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung in Zuzgen» zum Beispiel gab Inputs für die Revision des Pachtrechts; und das Projekt «Energierregion Goms» führte zur Ausdehnung des Labels «Energienstadt» auf ländliche Regionen. Auch für Ansätze des Raumkonzepts Schweiz wie die Planung in funktionalen Räumen oder den Nutzen-Lastenausgleich steuerten Modellvorhaben wertvolle Praxiserfahrungen bei. Sie liefern auch gute Lösungsansätze für die nächste Revisionsetappe des Raumplanungsgesetzes – insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien, Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik oder für die Entwicklung einer Strategie für die ländlichen Räume. Dank ihrem kreativen und offenen Ansatz bieten die Modellvorhaben die Gelegenheit, eine auf die regionalen Rahmenbedingungen zugeschnittene, horizontale und vertikale Form der Zusammenarbeit zu finden. Damit belegen sie eindrücklich, dass die Verbesserung der sektor-

übergreifenden Zusammenarbeit notwendig und gewinnbringend ist. Schliesslich machen Modellvorhaben mit ihrer bewussten Praxisnähe sichtbar, wo bei den Akteuren vor Ort der Schuh drückt. Gleichzeitig illustrieren sie die grosse Palette von Lösungen, die durch die Ausschöpfung neuartiger Spielräume möglich wird.

### **Modellvorhaben «Hauptstadtregion Schweiz»**

2009 wurde das Modellvorhaben von Stadt und Kanton Bern gestartet, um die Zusammenarbeit der Kantone und Städte in einem gemeinde- und kantonsübergreifenden Perimeter zu intensivieren und die Kräfte und Potentiale zu bündeln. Die Arbeiten am Raumkonzept Schweiz haben dabei eine wichtige Rolle gespielt. Fünf Kantone, namentlich Bern, Freiburg, Solothurn, Neuenburg und Wallis sowie 20 Städte und Regionen schlossen sich im Verein Hauptstadtregion Schweiz zusammen und bilden nun eine Plattform, die als Schnittstelle für die koordinierte Wahrnehmung gemeinsamer Interessen gegenüber dem Bund und den Schweizer Metropoliträumen fungiert. Mit dem Verein soll eine Stärkung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten erfolgen. Die wichtigsten Resultate des Modellvorhaben sind, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeitsstruktur gebildet werden konnte, die Hauptstadtregion im Raumkonzept Schweiz als grossstädtisch geprägter Handlungsraum etabliert ist und sich die Region gegenüber anderen Handlungsräumen besser positionieren konnte. Der Verein arbeitet erfolgreich in flexiblen Perimetern – und damit in funktionalen Räumen – und dient bereits als Vorbild für die Governance in grossregionalen Räumen.

### **Modellvorhaben «Energierregion Goms»**

Das Goms ist von Überalterung und Abwanderung geprägt. Ende 2007 haben der gemeinnützige Verein «unternehmenGoms» und das Tal mit seinen 13 Gemeinden das Projekt «Energierregion Goms» lanciert, um den steigenden Ölpreisen durch eine nachhaltige, dezentrale und lokale Energiegewinnung zu trotzen. Das Goms wollte nicht von Importen abhängig sein und zudem die lokale Wertschöpfung stärken. Ansatzpunkte dazu waren die Förderung der Energiegewinnung vor Ort und die Verbesserung der Energieeffizienz. Im Verlaufe des Projektes wurden vielfältige Projekte entwickelt wie ein Programm für Gebäudesanierungen oder die Installation von 13 Fotovoltaik-Anlagen. Dank dem neugeschaffenen Angebot «alpmobil» kamen mehrere Elektroautos zum Einsatz, und die Schulen führten Energiewochen durch. Die Energierregion Goms ist dadurch zu einem Vorbild für andere Energieregionen im In- und Ausland geworden.

### **Modellvorhaben «Förderung des Wohnen in historischen Zentren im Jura»**

Die jurassischen Gemeinden Pruntrut und Fontenais wollen die Wohnbevölkerung in den Dorfkernen erhalten und die Abwanderung in die Einfamilienhaus-Peripherie stoppen. Durch die Unterstützung von Sanierungs- und Renovierungsprojekten in den Ortskernen wollen sie mit finanziellen Anreizen bis zu 40 000 Franken Alternativen zur Abwanderung in Einfamilienhaus-siedlungen in der Peripherie attraktiv machen. Die beiden Gemeinden unterstützten dabei 21 Projekte mit rund 70 Wohnungen, die bezüglich Erhaltung der historischen Bausubstanz, der Lebensqualität und des Wohnkomforts beispielhaft sind. Die Vorhaben umfassen die Sanierung einer Wohnung in einem Bürgerhaus aus dem 18. Jahrhundert, die Umgestaltung eines alten Bauernhofs zum Lebensraum für eine Familie, die Totalsanierung eines typischen Pruntruter Alt-

stadtgebäudes oder der Umbau einer ehemaligen Milchzentrale zu Wohn- und Geschäftsräumen. Nach den ersten vier Jahren des Programms wurde ein Katalog mit realisierten Vorhaben zusammengestellt, der die Vielfalt der Projekte illustriert.

### **Modellvorhaben «Nachhaltige Quartiere für die Agglomeration Lausanne»**

Dieses Projekt war eine Initiative des Kantons Waadt, der Stadt Lausanne und des Schéma directeur de l'Ouest lausannois SDOL, das 2009 lanciert wurde. Im Modellvorhaben wurde eine Entscheidungshilfe, welche Gemeinden und Projektträgerschaften bei der Realisierung nachhaltiger Quartiere unterstützt, erarbeitet. Mit Hilfe dieses Tools – «Nachhaltige Quartiere by Sméo» – können die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Aspekte konkreter Vorhaben beurteilt werden. Es richtet sich primär an Gemeinden und andere Akteure der nachhaltigen Quartierentwicklung, steht als Open-Source-Programm kostenlos im Internet zur Verfügung und kann in verschiedenen Projektphasen einer Quartierentwicklung (Initiierung, Masterplan, Quartierplan, Realisierung, Betrieb) angewendet werden. Das Tool konnte im Verlauf des Projektes für die Anwendung in der ganzen Schweiz weiterentwickelt werden. Die Internetseite, auf welcher das Tool zur Verfügung steht, informiert zudem über 18 Projekte, bei denen das Tool angewendet wurden. Auch das ARE hat sein neues Gebäude mit dem Tool untersucht.

### **Modellvorhaben «Auf Walserspuren quer durch Graubünden»**

Die Walservereinigung, die seit 1960 besteht und zu deren Interessengemeinschaft rund 40 Bündner Gemeinden gehören, wahrt und fördert die walserische und alpine Kultur und lancierte 2008 den Walserweg Graubünden, eine kulturelle Weitwanderoute zu peripheren, hoch gelegenen Walsersiedlungen. Der Weg sollte dabei nicht nur Wandergäste in die Walser Regionen bringen, sondern auch Entwicklungsimpulse in den durch den Weg vernetzten Orten und Regionen auslösen und die eigene Kulturlandschaft nachhaltig entwickeln. Neben dem durchgehenden Wanderweg wurden in ausgewählten Etappenorten auch Schwerpunktprojekte umgesetzt, so zum Beispiel ein Verpflegungsangebot in Hinterrhein oder eine Schaukäserei nach traditionellem Handwerk im Hochtal FONDEI. Von diesen Angeboten profitieren Gäste und Einheimische gleichermassen. Sie bringen Interessierten die Walser Kultur näher, fördern die eigenständige Regionalentwicklung und ermöglichen der ortsansässigen Bevölkerung einen Nebenverdienst. Im Frühjahr 2010 konnte der Walserweg Graubünden eröffnet werden. Als Begleitangebot gibt es zwei sich ergänzende Angebote: einen Wanderführer und die Internetplattform [www.walserweg.ch](http://www.walserweg.ch). Auf dieser Webseite können auch Wanderangebote mit kulturellen und kulinarischen Extras gebucht werden.

Fazit: Dank grosser Flexibilität, schlanker Organisationsform (bei den Projekten und auf Seiten Bund) und starkem Engagement der Projektträger und Projektbegleiter konnte mit sehr bescheidenem Mitteleinsatz eine breite Wirkung erzielt werden. Im Sinn eines Lernlabors war es zudem möglich, Erfahrungen zu sammeln, die auf die Bedürfnisse der Regionen ausgerichtet sind, und innovative Ansätze konnten in einem flexiblen Umfeld erprobt werden. Dies hat zu Erkenntnisgewinn in den Regionen und auf Bundesebene geführt. Die Möglichkeiten, Erkenntnisse aus den Modellvorhaben an andere Regionen weiterzugeben und in raumwirksame Politiken auf Bundesebene einfließen zu lassen, ist noch nicht voll ausgeschöpft.

**Angelika Abderhalden, Projektleiterin, Fundaziun Pro Terra Engiadina**

## **Das Modellvorhaben Inscunter: neue Allianzen im Unterengadin**

Der Name «Inscunter» des präsentierten Modellvorhabens, das zwischen 2008 und 2012 realisiert wurde, bedeutet, *sich begegnen*, was mit den angestrebten neuen Allianzen im Unterengadin gefördert werden soll. Aus Einzelzielen, wie beispielsweise der Pflege von Umwelt und Natur, sind wesentliche Herausforderungen abgeleitet worden. Als zusätzliche, für die Region charakteristische, Herausforderung hat sich die Verständigung in den Sprachen Deutsch und Romanisch herausgestellt. Zur nachhaltigen Verankerung des Vorhabens wurde die Stiftung Fundaziun Pro Terra Engiadina gegründet. Diese ist mit Vertretern unterschiedlicher Sektoralpolitiken breit abgestützt sowie in der Bevölkerung verankert. Die partizipativ formulierte Vision der Stiftung lautet: Die Fundaziun Pro Terra Engiadina fördert im Unterengadin und in der Val Müstair die Entwicklung der ökologischen Werte im Einklang mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ansprüchen. Sie stärkt eine breit abgestützte Diskussion und Zusammenarbeit, welche für die Region Gewinn bringt.

Für den Erfolg dieser Organisation entscheidend ist deren Unabhängigkeit. Dennoch ist die nachhaltige Verankerung des Netzwerks mit Schwierigkeiten verbunden. Gründe dafür sind die teilweise unterschiedlichen Interessen. Auch die Bedeutung einer regelmässigen Kommunikation wurde zu Beginn unterschätzt.

Als wichtiger Erfolgsfaktor für das gute Gelingen des Modellvorhabens wird die Unterstützung durch den Bund betont, mit der die Bedeutung des Projektes unterstrichen wurde. Zur wirkungsorientierten Steuerung aller Massnahmen zur Erreichung der übergeordneten Ziele wurden fünf Strategien bestimmt, die partizipativ erarbeitet worden sind. Im Zentrum stand dabei die Stärkung der Stiftung. Positive Wirkungen und Mehrwerte für die Natur, den Tourismus, die Wirtschaft und die Gesellschaft konnten mit der Förderung von Projekten im Schnittbereich verschiedener Sektoren geschaffen werden. Dafür boten sich die folgenden Strategien an: Koordination und Bereitstellung von gut ausgebildeten Arbeitskräften, Inwertsetzung von ökologischen und kulturellen Werten, Förderung des integralen Gewässermanagements sowie der ökologischen Konnektivität im regionalen Richtplan. Es zeigte sich, dass die durchgeführten Massnahmen besonders in den Dimensionen Natur und Gesellschaft Mehrwerte schaffen konnten, und etwas weniger bei Tourismus und Wirtschaft.

Vorgehen und Strukturen des Modellvorhabens sind gut auf andere Regionen übertragbar. Das Interesse im Kanton Graubünden und über diesen hinaus ist gross und – zum Beispiel für den ökologischen Verbund – selbst im angrenzenden Ausland vorhanden. Als Nachteil wird der nicht zu unterschätzende Ressourcenaufwand (finanziell und personell) erwähnt, der vor allem in den Anfangsjahren recht hoch ist. Eine Auswertung ergab, dass die gewonnenen Impulse die angestrebte nachhaltige Raumentwicklung unterstützen; die Wirkungen sind bei der ökologischen Verantwortung und bei der gesellschaftlichen Solidarität gross, bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit indifferent.

**Nicole Surchat Vial, Raumplanungsamt Kanton Genf**

## **Genf, Modellvorhaben: vom Agglomerationsprojekt zum «grands projets prioritaires»**

Nicole Surchat Vial erwähnt einleitend, dass die Publikation «Genève Agglo 2030. Ein grenzüberschreitendes Projekt für die Agglomeration» nur dank der finanziellen Unterstützung durch den Bund im Rahmen der Modellvorhaben möglich war. Das Buch dokumentiert das Projekt der grenzübergreifenden Agglomeration Frankreich–Waadt–Genf (Agglomération franco-valdo-genevoise). In ihrem Vortrag stellt Nicole Surchat Vial die grenzüberschreitende Agglomeration vor und geht näher auf drei Grossprojekte sowie auf ein Projekt im öffentlichen Raum ein.

Der Grossraum Genf umfasst eine Fläche von 2000 km<sup>2</sup> beidseits der Schweizer Landesgrenze. In der Schweiz erstreckt er sich über zwei Kantone (GE und VD) und in Frankreich über zwei Départements und eine Region. In diesem Gebiet leben etwa 1 Million Menschen, die Hälfte davon im Kanton Genf. Zudem bietet der Grossraum ungefähr 400 000 Arbeitsplätze, von denen sich drei Viertel im Herzen der Agglomeration Genf befinden. Charakteristisch für die Agglomeration ist einerseits ihr Aufholbedarf in Sachen Infrastruktur; so ist das Schienennetz deutlich weniger gut ausgebaut als in anderen Schweizer Ballungsräumen, andererseits herrscht im Zentrum der Agglomeration Wohnungsmangel. Um diese Herausforderungen koordiniert anzugehen, wurde das Agglomerationsprojekt ins Leben gerufen, an dem eine Reihe von öffentlichen Körperschaften beteiligt sind. Auf diese Weise entstand ein Gefäss, das die Entwicklung thematischer Ansätze (Städtebau, Mobilität, Umwelt) und gleichzeitig die Koordination mit den verschiedenen Politikbereichen ermöglicht. Der Grossraum Genf hat sich zudem eine Zukunftsvision erarbeitet. Diese sieht eine kompakte, grüne Agglomeration mit mehreren Entwicklungspolen vor. Bis zum Jahr 2030 soll sie zusätzlich 200 000 Einwohner beherbergen (die Hälfte davon im Kanton Genf) und über 100 000 neue Arbeitsplätze (davon 30 % in Frankreich) bereitstellen.

Für acht grosse Teilräume (périmètres d'aménagement coordonnés d'agglomération (PACA)) wurde je ein angepasster Entwicklungsansatz erarbeitet. Die PACA stellen die Ebene dar, auf der Projekte ausgelöst werden können. Fachbereichsübergreifende Teams führten Parallelstudien zu den verschiedenen Projekten durch. Gleichzeitig wurden öffentliche Diskussionsrunden organisiert, um so die Erwartungen der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Auf diese Weise kristallisierten sich 16 Grossprojekte heraus, von denen 10 als prioritäre Grossprojekte ausgewählt wurden.

Ein Steuerungsausschuss, der aus Delegierten der Kantons- und Gemeindebehörden besteht, nimmt die Bauherrschaft für diese Projekte wahr. Die Projektleitung erfolgt durch Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen und kommunalen Verwaltungen, die ihrerseits von externen Beauftragten unterstützt werden. Die übrigen Beteiligten (Akteure, Eigentümer, Betreiber) werden regelmässig in die Prozesse einbezogen.

Nicole Surchat Vial stellt drei Grossprojekte genauer vor: Im Rahmen des Grossprojekts Cherpines wird die Stadt einer neuen Tramlinie entlang erweitert. Beim Grossprojekt Châtelaine handelt es sich um ein Stadterneuerungsprojekt im Umkreis einer S-Bahn-Haltestelle. Dabei wurde ein partizipatives Vorgehen gewählt, bei dem ein Verein (Forum Saint-Jean) die Anliegen der Bevölkerung – nämlich die Erhaltung des baulichen Erbes und die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus – identifiziert und den entsprechenden Personen kommuniziert. Das Forum ist an den Kleinbaustellen beteiligt, die eine vorübergehende Nutzung gewisser Räume vorsehen

und als Informationsplattform für die zukünftige Entwicklung dienen. Das Grossprojekt Chêne-Bourg sieht Wohnungen in inselförmig angeordneten Gebäuden um die neue CEVA-Bahnstation herum vor. Mittels Studien wurde die optimale urbane Gestaltungsform ermittelt, die Wohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen und gleichzeitig eine gute Lebensqualität ermöglicht.

Schliesslich präsentiert die Referentin ein Projekt auf einem öffentlichen Platz in der Nähe des CERN, der bisher dem motorisierten Verkehr vorbehalten war. Bis zur Realisierung des preisgekrönten Projekts (erarbeitet vom Studio Burgi) ist eine vorübergehende Umgestaltung vorgesehen, mit der die Benutzerinnen und Benutzer mit der neuen Funktion des Platzes vertraut gemacht werden sollen.

Nicole Surchat Vial schliesst ihre Ausführungen mit einem Bild ab, das verschiedene Fahnen auf einem grossen Platz zeigt – ein Symbol für die Vielzahl an laufenden Projekten, die gleichsam als Motor der Urbanisierung wirken. Dabei weist die Referentin auf die Impulse hin, die von den Modellvorhaben des Bundes ausgegangen sind und die dazu beigetragen haben, die Projektpartner von der Relevanz des vorgeschlagenen Ansatzes zu überzeugen. Die Beteiligung an den Modellvorhaben hat auch einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch mit anderen grossen Schweizer Agglomerationen ermöglicht, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen.

**Teilnehmende:** Lukas Bühlmann, Direktor, Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN; Fabienne Freymond Cantone, Stadträtin Raumplanung, Nyon und Grossrätin Kanton Waadt; Daniel Grassi Pirrone, Direktor run (Réseau urbain neuchâtelois); Urs Wohler, Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair; **Moderation:** Dominik Büchel

## Podiumsgespräch: Auswirkungen und Kommunikation

Lukas Bühlmann bezeichnet sich selbst als Fan der Modellvorhaben für eine nachhaltige Raumentwicklung. Er hat dieses Programm von Anfang an mitverfolgt, doch ihm ist erst jetzt bewusst geworden, dass viele Fachspezialisten die 44 Projekte nicht oder nur am Rande kennen. Kommunikativ ist nicht immer klar, bei welchen Projekten der Bund mit dabei ist und bei welchen nicht. Wichtig ist, dass man auf Augenhöhe diskutieren kann, also Erfahrungen zu Projekten mit ähnlichen Rahmenbedingungen den Kantonen, Regionen und Gemeinden näherbringen kann. Zudem erscheint das Thema der Nutzen-Lasten-Ausgleichssysteme als speziell zukunftsweisend.

Urs Wohler unterstützt die Wichtigkeit eines gemeinsamen Nenners beim Erfahrungsaustausch. Sehr wichtig ist es, längerfristig mit den verschiedenen Projektpartnern über die sich stellenden Herausforderungen zu diskutieren. Dabei sind Erfolgs- und Misserfolgskriterien zu identifizieren, um aus den Erfahrungen zu lernen. Für sein spezifisches Projekt war die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz als Moderatorin eine sehr gute Wahl. Natürlich herrschen verschiedene Interessenlagen vor – unter anderem zwischen Touristikern und Umwelt- sowie Landschaftsschützern – die Region ist immerhin zwischen 60 % und 70 % vom Tourismus abhängig.

Daniel Grassi Pirrone findet es entscheidend, dass sich Modellvorhaben in das Gesamtsystem der Gesellschaft und der Raumentwicklung einordnen lassen. Möglichst viele Personen sollten eingebunden und miteinander vernetzt werden. Dabei ist es sehr wichtig, dass sich diese als echte Partner am Entscheidungsprozess beteiligen können.

Fabienne Freymond Cantone legt dar, dass es für die Region Nyon, die als Regionalverband von 45 Gemeinden organisiert ist, äusserst schwierig ist, sich neben Genf oder dem Kanton Waadt mit ihren eigenen Prioritäten als eigenständige Region zu behaupten. Die Kommunikation über Modellvorhaben ist in der Tat noch ungenügend. Allerdings ist es schwierig, die Bürgerinnen und Bürger oder lokale Amtsträger anzusprechen, die häufig kein Interesse zeigen oder kaum in der Lage sind, die komplexen gegenseitigen Abhängigkeiten nachzuvollziehen. Daher ist es wichtig, auf die Menschen zuzugehen, ihnen die Herausforderungen und Projekte zu erläutern und ihr Interesse zu wecken, auch wenn der Nutzen für die politische Karriere gering ist. Die Hilfestellung des Bundes ist höchst willkommen, aber leider behindern die Kantone oft das Vorranschreiten der Projekte.

Daniel Grassi Pirrone pflichtet bei, dass die Prioritäten nicht auf allen Ebenen die gleichen sind. Im Falle des RUN aber hat der Kanton den Prozess von Beginn an mitgetragen. Generell ist die Frage der Gouvernanz in den Modellvorhaben noch nicht ausreichend geklärt.

Auch Lukas Bühlmann sieht das Problem weniger im Bereich der Kantone, die auf Richtplanebene das Gegenstromprinzip top-down und bottom-up einhalten. Auf der Ebene der kommunalen Nutzungspläne sind die Herausforderungen viel grösser, da hier die konkreten eigentümergebundenen Festlegungen gemacht und Ausnahmen erteilt werden.

Für Urs Wohler ist die Zusammenarbeit immer so gut wie die dabei beteiligten Akteure. In den peripheren Gebieten ist die Kleinräumigkeit ein grosses Problem, und die Behörden sind manchmal überfordert. Die Zusammenarbeit mit den kantonalen Amtsstellen lässt sich aber generell relativ gut organisieren, und die Gemeinden müssen einfach früher in die Planungsprozesse einbezogen werden. Oftmals werden exogene, nicht beeinflussbare Faktoren vernachlässigt oder unterschätzt. Etwas Wettbewerb zwischen den Regionen ist zudem durchaus interessant und positiv.

Für Lukas Bühlmann sind gewisse Erkenntnisse aus Bergregionen auch für kleinere Gemeinden im Mittelland interessant, beispielsweise in den Bereichen des Denkmalschutzes, des Lärmschutzes oder bei der Ortskernerneuerung. Verschiedene Bundesstellen fehlen momentan im Programm, wie beispielsweise das Bundesamt für Kultur oder das Bundesamt für Wohnungswesen.

Fabienne Freymond Cantone pflichtet dem bei. Sie plädiert dafür, bei den Überlegungen rund um die Projekte möglichst viele Dimensionen einzubeziehen, beispielsweise auch die Gesundheit oder die Mobilität. Dennoch gibt es eine wichtige Frage, die beantwortet werden muss: Sind die Migration und die neuen Arbeitsplätze, die durch eine aktive Förderpolitik entstehen, wirklich unvermeidlich? Es muss geklärt werden, welche Entwicklung von der Bevölkerung wirklich gewünscht wird.

Daniel Grassi Pirrone betont erneut, wie wichtig es ist, die Zivilgesellschaft und die Bevölkerung ab Projektbeginn zu integrieren. Meinungsverschiedenheiten und Konflikte müssen akzeptiert werden, denn sie erlauben es, das Projekt oder sogar dessen Ziele zu optimieren. Die politischen Kreise sollten mehr Präsenz zeigen und sich aktiv für die Projekte einsetzen.

Fabienne Freymond Cantone ist der Meinung, der Bund müsse vermehrt auf die Regionen zugehen und ihnen die Vorzüge der Modellvorhaben erläutern. Die Mittel, die der Bund für die Infrastrukturen bereitstellt, sind äusserst hilfreich und wichtig, und die Modellvorhaben müssen fortgesetzt werden.

Zum Schluss weist Lukas Bühlmann noch einmal auf die Wichtigkeit einer frühen Kommunikation hin. Bereits die Zwischenergebnisse sollen systematisch bekannt gemacht werden, die Projekte sollten nicht einfach nur auf Websites aufgeschaltet werden. Die wichtigen Fachorganisationen würden diese Informationen nur allzu gerne weiter verbreiten.

**Teilnehmende:** Maria Lezzi, Direktorin Bundesamt für Raumentwicklung, ARE; Mark Reinhard, Projektleiter, Staatssekretariat für Wirtschaft, SECO; Christian Hofer, Vizedirektor Bundesamt für Landwirtschaft, BLW; Franziska Schwarz, Vizedirektorin Bundesamt für Umwelt, BAFU;  
**Moderation:** Dominik Büchel

## Podiumsgespräch: Perspektiven und nächsten Schritte

Dominik Büchel leitet durch die Diskussion und kündigt an, dass es mit den Modellvorhaben auch in Zukunft weiter geht. Er stellt kurz die Podiumsteilnehmer vor, welche bereits bei den Modellvorhaben 2007-2011 eng zusammengearbeitet haben. Mark Reinhard vertritt dabei Eric Jakob, Leiter der Direktion für Standortförderung im Staatssekretariat für Wirtschaft.

Frau Lezzi ARE wird von Dominik Büchel gefragt, was die Ziele der neuen Generation von Modellvorhaben sind. Sie betont, dass die guten Erfahrungen, welche in der letzten Runde gemacht wurden, natürlich für die neue Generation mitgenommen werden, und dass mit den Modellvorhaben eine lebendige und lebenswerte Schweiz angestrebt wird. Das Raumkonzept Schweiz ist die Grundlage für die Modellvorhaben und es soll anhand unterschiedlicher Projekte und Methoden getestet und Ansätze geschärft werden. Bei den Modellvorhaben soll es primär um die Umsetzung, eine verbesserte Zusammenarbeit und intensiven Austausch geben. Sie weist darauf hin, dass nicht das «Wie?» geändert werden soll, aber das «Was?» und «Mit wem?»!

Die bisherigen Bundesstellen, also die Bundesämter für Raumentwicklung ARE, Umwelt BAFU, Landwirtschaft BLW und Staatssekretariat für Wirtschaft SECO sind weiterhin Teil der Trägerschaft. Neu dabei sind die Bundesämter für Wohnen BWO, Gesundheit BAG, Strassen ASTRA und Sport BASPO.

Mark Reinhard erläutert, dass man von der 2. Generation und seinen neun Themenschwerpunkten gelernt hat und eine Reduktion auf fünf Themenschwerpunkte vorgenommen hat. Die verschiedenen Bundesstellen haben im Konsens die anfänglich 18 Vorschläge für Themenschwerpunkte auf fünf reduziert:

- Siedlungsentwicklung nach innen umsetzen
- Freiraumentwicklung in Agglomerationen fördern
- Ausreichendes und bedürfnisgerechtes Wohnraumangebot schaffen
- Wirtschaft in funktionalen Räumen fördern
- Natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen und in Wert setzen

Mark Reinhard weist darauf hin, dass als Projektträger Gemeinden, Städte, Agglomeration, Regionen, Kantone und Private Projektträger (hier in enger Kooperation mit der öffentlichen Hand, die entweder mitfinanziert und/oder die Trägerschaft präsidiert) fungieren können. Ab Anfang November 2013 wird die Ausschreibung auf der Internetseite [www.modellvorhaben.ch](http://www.modellvorhaben.ch) aufgeschaltet sein. Die Projekte können bis Ende Februar 2014 eingegeben werden. Im Mai 2014 werden die Projekte ausgewählt.

Christian Hofer hält fest, dass auf Bundesebene mit den Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2007-2011 bereits ein Paradigmenwechsel stattfand und über verschiedene Sektoren hinweg zusammengearbeitet wurde. Diese Zusammenarbeit war die letzten sechs Jahre sehr konstruktiv und wurde positiv erlebt. Für die neue Generation Modellvorhaben wurde eine Zu-

sammenarbeitsvereinbarung zwischen den acht Bundesstellen unterzeichnet, welche auch die Finanzen und das Themensetting festhält. Die Koordinationsfunktion, welche das ARE bei den Modellvorhaben einnimmt, wird zudem sehr geschätzt. Herr Hofer betont, dass diese Zusammenarbeit auf Bundesstufe als Vorbild fungiert und auf kantonaler Ebene ebenfalls gelebt werden könnte. Er nennt zudem das Modellvorhaben «Landschaftsaufwertung durch freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung in Zuzgen», von dessen Ergebnis die Agrarpolitik enorm profitiert hat.

Frau Schwarz wünscht sich weiterhin eine sektorübergreifende Zusammenarbeit auf horizontaler aber auch auf vertikaler Ebene. Des Weiteren soll die Arbeit in funktionalen Räumen mit Beispielen angegangen werden, um aufzuzeigen, wie diese erfolgen kann. Konkrete Umsetzungsbeispiele von Politiken, Strategien und Konzepten werden erwartet und sie hofft, dass neue Partnerschaften entstehen und künftige Projektträger motiviert sind, ein Projekt einzugeben in einem der definierten Themenschwerpunkte. Bottom-up und innovative Ansätze sind gefragt. Mark Reinhard SECO ergänzt, dass die transdisziplinäre Zusammenarbeit über administrative Grenzen hinweg erwünscht ist.

Konkret heisst dies, Modellvorhaben:

- leisten einen Beitrag zur Umsetzung von Politiken, Strategien und Konzepten des Bundes (z. B. Raumkonzept Schweiz, Biodiversitätsstrategie, Energiestrategie)
- liefern Inputs zur verbesserten Abstimmung und zur Nutzung von Synergien zwischen verschiedenen Sachpolitiken
- sind thematisch und inhaltlich sektorübergreifend
- Ansätze sind innovativ → keine reine Umsetzung bestehender Ansätze und Strategien, «Laborcharakter» muss deutlich hervortreten.
- streben eine langfristige Wirkung an
- unterstützen die nachhaltige Entwicklung

Frau Lezzi ARE betont in ihrem Schlusswort, dass Modellvorhaben nicht zum Selbstzweck dienen, sondern zur nachhaltigen Entwicklung der Schweiz beitragen, und dass die Erfahrungen aus 44 Projekten mitgenommen werden können. Modellvorhaben sollen als eine Einladung zur Nachahmung verstanden werden. Sie zeichnen sich durch ihre Freiwilligkeit aus. Es ist klar, dass Modellvorhaben viel Aufwand und viel Einsatz nach sich ziehen und dass mit Modellvorhaben keine Wählerstimmen gewonnen werden können. In Zukunft soll die Kommunikation verbessert werden. Bei der 2. Generation wollte man zu lange den Laborcharakter schützen und ist relativ spät an die Öffentlichkeit gegangen. Intern bestand aber die Möglichkeit zum Austausch bei den Erfahrungsaustauschveranstaltungen. Es ist immer schwierig zu sagen, wann der optimale Zeitpunkt ist, breit zu kommunizieren und sie appelliert an die Teilnehmenden, als Multiplikatoren die erhaltenen Informationen weiterzugeben.

Zum Schluss bedankt sich Frau Lezzi bei allen, die an den Modellvorhaben mitgewirkt haben, und bei allen, die die Tagung organisiert haben. Ein Dank geht auch an die Dolmetscher, die Referenten/innen und Moderatoren/innen und an die Kolleg/Innen der vier mitorganisierenden Bundesstellen. Sie bedankt sich zum Schluss bei allen Teilnehmenden und lädt zum Apèro ein.

## Workshops

### **Workshop 1: Mit neuen Allianzen zu besseren Lösungen auf regionaler und grossregionaler Ebene**

*Moderation: Daniel Kübler und Céline Widmer, Institut für Politikwissenschaften Zürich (IPZ)*

*Protokoll: Jonas Schmid, Bundesamt für Raumentwicklung ARE*

*Präsentationen:*

*Von der losen Zusammenarbeit zur Metropolkonferenz Zürich*

*Starke Stadtregion Sursee*

### **Workshop 2: Freiraumqualität und Verdichtung**

*Moderation: Martin Eggenberger, Planteam S AG*

*Protokoll: Olivia Grimm, Bundesamt für Raumentwicklung ARE*

*Präsentationen:*

*Raum<sup>+</sup> – Umsetzung der Siedlungsentwicklung nach innen*

*Landschaftspark Wiese in Basel*

### **Workshop 3: Natürliche Potentiale im ländlichen Raum in Wert setzen und nutzen**

*Moderation: Thomas Egger, Direktor Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)*

*Protokoll: Andreas Stalder, Bundesamt für Umwelt BAFU*

*Präsentationen:*

*Landschaftsaufwertung durch freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung in Zünzgen*

*Holzenergiepotenzial in Waldweiden*

### **Workshop 4: Integriert und strategisch in Agglomerationen planen**

*Moderation: Pierre Feddersen, Feddersen & Klostermann und Michéle Tranda, Topos urbanisme*

*Protokoll: Josianne Maury, Bundesamt für Raumentwicklung ARE*

*Präsentationen:*

*Malley – Von der Brache zur Stadt*

*Cornaredo, Interkommunale Planung für ein Event-Quartier*

### **Workshop 5: Nutzen-Lastenausgleich: überkommunal planen und gemeinsam profitieren**

*Moderation: Jürg Inderbitzin, Hochschule Luzern*

*Protokoll: Melanie Butterling, Bundesamt für Raumentwicklung ARE*

*Präsentationen:*

*Region Thun-InnertPort, überkommunale Nutzungsplanung*

*Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon*

## Workshop 1

# Mit neuen Allianzen zu besseren Lösungen auf regionaler und grossregionaler Ebene

Moderation: Daniel Kübler und Céline Widmer, Institut für Politikwissenschaften Zürich (IPZ)

Protokoll: Jonas Schmid, Bundesamt für Raumentwicklung ARE

## Mit neuen Allianzen zu besseren Lösungen auf regionaler und grossregionaler Ebene

Ziel des Workshops war es, Problemstellungen und die Bedeutung der Zusammenarbeit auf regionaler und grossregionaler Ebene zu benennen, Modelle der Zusammenarbeit kennenzulernen und Erfolgsfaktoren und Stolpersteine anhand der präsentierten Beispiele und von eigenen Praxiserfahrungen zu diskutieren.

Als Einstieg in die Thematik zeigt D. Kübler vom IPZ der Universität Zürich anhand einer aktuellen UN-Statistik, dass die Menschheit seit Februar 2008 überwiegend im urbanen Kontext lebt und arbeitet. Er zeigt auf, dass die institutionelle Kleinräumigkeit in der Schweiz besonders ausgeprägt ist und zählt typische Agglomerationsprobleme, wie Spillover-Effekte durch Zentrumslasten, Politikverflechtung und politische Konflikte innerhalb der Agglomeration auf.

## Präsentationen

*Präsentation 1: Von der losen Zusammenarbeit zur Metropolitankonferenz Zürich (Walter Schenkel, Geschäftsführer Verein Metropolitanraum Zürich)*

W. Schenkel stellt mit der Metropolitankonferenz Zürich (MKZH) das Beispiel einer politischen Steuerung, bzw. Kooperation auf grossregionaler Ebene vor. Die MKZH (bestehend aus 8 Kantonen, 130 Städten und Gemeinden sowie 12 assoziierten Kantonen und Institutionen) war bis zu ihrer Vereinsgründung 2009 ein Modellvorhaben des ARE. Als Zusammenarbeitsstruktur habe sich das Konferenzen-Modell durchgesetzt, da es freiwillig, flexibel und schrittweise institutionalisierbar sei. Als Eigenart im Schweizerischen Föderalismus bezeichnet Schenkel die pro Einwohner gewichtete Stimmkraft, die den grossen Städten und Gemeinden einerseits mehr Mitsprache gibt. Andererseits stemmen diese auch den Grossteil der finanziellen Lasten.

Laut Schenkel ist als ein wesentlicher Verdienst der MKZH das erfolgreiche politische Lobbying für grosse Infrastrukturprojekte zu nennen, insbesondere im Rahmen der Bundesvorlage «Finanzierung und Ausbau des Öffentlichen Verkehrs» (FAB). Optimierungspotenzial bestehe bei der Positionierung von Zürich im globalen Wettbewerb (insb. durch eine noch aktivere Mitwirkung der Wirtschaft) sowie bei der Frage nach der Accountability, da noch gewisse Defizite bestehen, beim Einbezug von NGOs, Parlamenten und Wirtschaft.

Als aktuelle Schlüsselthemen für die grossräumige Zusammenarbeit nennt Schenkel die Wachstumsthematik sowie die Überzeugung der kleinen Gemeinden zur aktiven Mitwirkung im Rahmen der MKZH. Gleichzeitig stosse die MKZH an Grenzen, da sich die Bevölkerung nur wenig für diese Form der Zusammenarbeit interessiere.

*Präsentation 2: Starke Stadtregion Sursee (Beat Lichtsteiner, Geschäftsführer des Regionalen Entwicklungsträgers (RET) Sursee-Mittelland)*

Als Kleinregion auf dem Lande ist das von B. Lichtsteiner präsentierte Modellvorhaben nicht vergleichbar mit der MKZH. Das Projekt kämpfte mit Startschwierigkeiten. So konnten viele Akteure nicht mit ihrer neuen Rolle auf regionaler Ebene umgehen und es fehlte an einer regionalen Identität. Die Stadtregion Sursee zeichnet sich aus durch ein starkes Wachstum und viel Wettbewerb zwischen den Gemeinden. Der Aufbau von Strukturen dauerte mit 4 Jahren relativ lange und vollzog sich über verschiedene Teilprojekte, deren Abfolge rückblickend nicht optimal war. Über Umwege und dank der Schaffung einer professionellen Geschäftsstelle (RET) hat man schliesslich aber eine geeignete Zusammenarbeitsstruktur gefunden. Heute erfolgt die Arbeit insbesondere über verschiedene institutionalisierte Netzwerke, welche den Vorteil haben, dass sowohl Schlüsselakteure als auch Bürgerinnen und Bürger erreicht werden können. Der RET habe keine institutionelle Kompetenz, aber er könne durch prozessorientiertes Arbeiten und durch das Schaffen von Allianzen Wirkung erzielen. Er stehe zwischen den Staatsebenen und erarbeite nach dem Konsens-Prinzip Konzepte, die anschliessend auf Stufe Gemeinde/Kanton umgesetzt werden. Diese Arbeit zwischen den Staatsebenen sei eine grosse Herausforderung, die viel Führungsarbeit erfordere.

## **Einordnung und Diskussion**

Hinsichtlich des Stadt-Land-Kontext hält G. Tobler (Hauptautor des Vertiefungsberichts «Regionale Zusammenarbeit im Stadt-Land-Kontext») fest, dass sich Probleme noch pointierter stellen als bei der Zusammenarbeit innerhalb von Agglomerationen. Die räumliche Vielfalt führe dazu, dass die Strukturen und Geschwindigkeiten der lokalen Akteure sehr unterschiedlich seien (professionell vs. Milizsystem) und dies beim Aufbau von Zusammenarbeitsstrukturen berücksichtigt werden müsse. Es gelte, diese Vielfalt zu nutzen. Ein wichtiges Thema sei der Nutzen-Lasten-Ausgleich. Aber es brauche auch Projekte, die auf die spezifischen Interessen ländlicher Gemeinden zugeschnitten sind.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit auf grossräumigem Massstab erläuterte D. Kübler vier zentrale Erkenntnisse aus dem Bericht «Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene» und präsentierte sie in Form von Thesen für die anschliessende Diskussion:

1. Partnerschaftliches Vorgehen erlaubt es, den Massstab zu wechseln, und verändert traditionelle Beziehungen zwischen Gebietskörperschaften.
2. Multifunktionalität ist auf grossregionaler Ebene möglich und sollte gefördert werden, hat aber auch ihre Grenzen aufgrund von fixen Perimetern.
3. Freiwilligkeit bietet Vorteile besonders beim Aufbau von Zusammenarbeitsstrukturen, mangelnde Verbindlichkeit und Demokratiedefizite bleiben jedoch ungelöste Probleme.
4. Selbstmotivation ist wichtig (politisches Leadership) und kann durch geeignete Anreize (Bund) gefördert werden.
5. Eine starke thematische Fokussierung auf den Standort-Wettbewerb eröffnet ein Spannungsfeld zu Forderungen nach sozialem Ausgleich bzw. interregionaler Solidarität.

In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, wie weit man mit einem auf Freiwilligkeit beruhenden Modell Erfolge erzielen könne, wenn es zum Beispiel um die Beteiligung der umliegenden Gemeinden an den Kosten für kulturelle Leistungen der Städte gehe.

Aus der Erfahrung von Sursee ist es wichtig, die betroffenen Gemeinden frühzeitig in den Prozess einzubinden, denn wer zahle, möchte auch mitbestimmen können. Einen pragmatischen Weg hat das Stadttheater Olten eingeschlagen, welches den mitfinanzierenden Gemeinden ein Billett-Kontingent zur Verfügung stellt. Dies bringe den zusätzlichen Nutzen, das Interesse der Bevölkerung am aktuellen Spielprogramm zu erhöhen.

Als negativer Punkt bei der «Regionalisierung» bzw. Professionalisierung von Aufgaben wurde der Umgang mit sozialen Fragen erwähnt. Hier sei es wichtig, einen engen Bezug zu den persönlichen Verhältnissen von Betroffenen zu haben. Es könne nicht sein, dass das Denken in juristischen Kategorien überhandnehme und es zu einer Technokratisierung komme.

## **Synthese**

Räumliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen erfordern neue Formen der föderalen Zusammenarbeit. Die Modellvorhaben haben einiges bewegt, Strukturen und neue Partnerschaften sind entstanden, auf freiwilliger Basis, bottom-up. Es wurden dabei wichtige Erfahrungen gemacht, wie man Probleme lösen kann, die sich aktuell stellen. Die Zukunft der Projekte ist unsicher, der Weg bleibt das Ziel.

## **Weiterführende Literatur**

ARE (Hg.) (2013): Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2007 – 2011. Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene. Bern.

[www.are.admin.ch/themen/raumplanung/modellvorhaben/2007-2011/04970/index.html?lang=de](http://www.are.admin.ch/themen/raumplanung/modellvorhaben/2007-2011/04970/index.html?lang=de)

ARE (Hg.) (2013): Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2007 – 2011: Regionale Zusammenarbeit im Stadt-Land-Kontext. Bern.

[www.are.admin.ch/themen/raumplanung/modellvorhaben/2007-2011/04971/index.html?lang=de](http://www.are.admin.ch/themen/raumplanung/modellvorhaben/2007-2011/04971/index.html?lang=de)

## Workshop 2

# Freiraumqualität und Verdichtung

Moderation: Martin Eggenberger, Planteam S AG

Protokoll: Olivia Grimm, Bundesamt für Raumentwicklung ARE

## Einführung

Im Bezug auf das Workshopthema steht die Schweiz vor zwei Hauptherausforderungen: die Bevölkerung wächst und braucht zudem immer mehr Fläche pro Person. Konkret heisst das, dass ein Viertel der Schweiz noch einmal gebaut werden muss. Dies ist nur möglich, indem verdichtet wird. Wichtig dabei ist, dass Verdichtung nicht per se schlecht ist, denn Dichte und Qualität einer Siedlung hängen nicht direkt zusammen. Es geht vielmehr um eine Transformation. Diese kann auch mit Qualität umgesetzt werden. Dabei ist wichtig, dass die Verdichtung am richtigen Ort stattfindet, die Verkehrsplanung einbezogen wird und Umsetzungsideen vorhanden sind.

In Anbetracht dessen wird in der ersten Präsentation die Verdichtung per se thematisiert, in der zweiten geht es um einen bedeutenden Freiraum und dessen vielfältige Qualität. Obwohl es beim zweiten Vortrag nicht um ein Modellvorhaben geht, sind beide Beispiele geeignet, exemplarisch die beiden Pole der Siedlungsentwicklung nach innen – Dichte und Qualität – darzustellen, um anschliessend ihre gegenseitigen Abhängigkeiten zu diskutieren.

## Präsentationen

*Präsentation 1: Raum<sup>+</sup> Siedlungsflächenpotenziale für eine Siedlungsentwicklung nach innen (Reto Nebel, IRL ETH Zürich)*

Die Umsetzung einer Siedlungsentwicklung nach innen ist nur möglich, wenn Potenziale für die innere Erneuerung und Umgestaltung aufgezeigt werden können. Es braucht also eine sachliche Übersicht der in Frage kommenden Areale sowie qualitative Angaben dazu. Hier kommt Raum<sup>+</sup> ins Spiel, mit dem Ziel eine von Kanton und Gemeinden gemeinsam erarbeitete Übersicht der Nutzungsreserven als Grundlage für das Bilden von Schwerpunkten für die räumliche Entwicklung und für die Ausgestaltung der Siedlungsentwicklung nach innen zu verwenden.

Der methodische Ansatz basiert auf drei Grundsäulen:

1. Kooperativ und dialogorientiert: Das Wissen und die Einschätzung der lokalen Akteure wird einbezogen, es findet eine Sensibilisierung für die Innenentwicklung statt und es wird ein informeller Austausch zwischen Kantonen und Gemeinden möglich
2. Dezentral und nachführungsfähig: Dank dem Einsatz eines internetbasierten Planungssystems sind die Daten zeit- und ortsunabhängig zugänglich und es besteht die Möglichkeit der Verwendung der Übersicht für kommunale Planungszwecke
3. Übersicht und Lagebeurteilung: Der Ansatz ermöglicht eine einheitliche Betrachtung der Reserven im kommunalen Vergleich und eine differenzierte und sachgerechte räumliche Strategieentwicklung und es wird Handlungswissen in Bezug auf Verfügbarkeit und Mobilisierungshemmnisse generiert.

In der Übersicht werden die Lage jeder Fläche, die Flächengrösse, die Nutzungszonen, die Verfügbarkeit der Fläche sowie die Hinderungsgründe für eine Mobilisierung eines Areals ersichtlich. Dabei werden nur rechtliche Bauzonen erfasst. Aus den Erfahrungen mit Raum<sup>+</sup> kann gesagt werden, dass meistens erhebliche innere Nutzungsreserven in den untersuchten Gebieten vorhanden sind.

Die erarbeitete Übersicht bildet aber nur den Start in Richtung eines Flächenmanagements. Entscheidend sind die Lagebeurteilung und die Prozessgestaltung danach. Einige Beispiele dazu: Erstellung eines 3D-Modells für die Kommunikation mit Bevölkerung und Politik, Schwerpunktbildung und das Erarbeiten räumlicher Entwicklungsstrategien, langfristiger Flächenmanagementprozess unter Einbindung aller relevanten Akteure, etc. Als bisherige Erfolgsfaktoren von Raum<sup>+</sup> gelten: Versachlichung eines heiklen Themas, Kooperation mit raum- und entscheidungsrelevanten Akteuren, Generierung eines Mehrwerts für beteiligte Kantone und Gemeinden sowie Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Kommunikation im Rahmen der Anwendung des Ansatzes.

### *Präsentation 2: Landschaftspark Wiese (Franz Schmidli, BS)*

Der Landschaftspark Wiese liegt im Kanton Basel-Stadt und dehnt sich aus bis nach Deutschland – er ist eine Enklave inmitten eines urbanen Siedlungsgebiet, welches zunehmend verdichtet wird. Der Park selber ist geprägt durch den Fluss Wiese und eine naturnahe Kulturlandschaft. Aufgrund seiner Eigenheiten wird der Park von zahlreichen Akteuren beansprucht. Einerseits ist er ein beliebtes Naherholungsgebiet für Städter sowie ein Ort für Hundehalter, andererseits ist der Natur- und Landschaftsschutz institutionell stark. Ebenfalls zeigen Forschung und Lehre ein grosses Interesse am Park, und er wird landwirtschaftlich genutzt. Des Weiteren hat er eine zentrale Bedeutung für die Gewinnung von Trinkwasser für Basel. Da der Fluss Wiese nicht zur Trinkwassergewinnung genutzt werden kann, wird Rheinwasser zugeführt (künstliche Grundwasseranreicherung). Die Trinkwassergewinnung limitiert zwar die Raumnutzung, hat dafür aber eine Ausdehnung der Siedlung verhindert.

Der Park wird aufgrund eines behördenverbindlichen Landschaftsrichtplans grenzüberschreitend verwaltet. Daneben besteht ein trinationales Verbundkonzept, welches das Sichern und Schaffen eines Netzes von ökologisch wertvollen Flächen, naturnahen Landschaften und zugehörigen Vernetzungskorridoren zum Ziel hat. Dieses ist allerdings noch nicht behördenverbindlich. Momentan ist ein Beschilderungskonzept in Erarbeitung, es wird ein Konzept für die Revitalisierung des Flusses Wiese entwickelt (WieseVital), es sollen freiwillige Ranger organisiert und der Erholungsraum für die Bevölkerung soll aufgewertet werden, und es wird viel Wert auf die ökologische Funktion und die Biodiversität des Gebietes gelegt (dabei soll der Park aber nicht konserviert, sondern nachhaltig entwickelt werden).

Bisher können verschiedene Erfolgsfaktoren wie z. B. eine gute grenzüberschreitende Kommunikation und Planung inkl. der Ausrichtung auf übergeordnete Planungsvorgaben in Deutschland und der Schweiz, ein hoher Beliebtheitsgrad des Parks sowie die Erstellung einer breit abgestützten Arbeitsgruppe verzeichnet werden. Diese Faktoren sind auch begleitet von Hindernissen und Problemen: Die finanzielle Lage einiger deutscher Gemeinden ist schlecht, die Verstärkung des Managements durch die Fachstelle vor Ort stockt, die Erholungsgäste verhalten sich nicht immer schonend und betreiben Littering, Planungsabläufe dauern sehr lange wegen vielen Instanzen, gewisse Lobbying-Gruppen sind sehr stark vertreten, wobei die partizipative Einbindung der

anderen Nutzer nur sehr schwach ist, der Umgang mit Naturschutzorganisationen gestaltet sich teilweise schwierig.

Die gewonnen Erkenntnisse sollen auch verbreitet werden z. B. durch das Einfließen in wissenschaftliche Untersuchungen und Publikationen, durch die Anwendung gewisser Elemente in anderen Planungen, durch die verwaltungsinterne Weitergabe der Erfahrungen und durch die internationale Bauausstellung IBA 2020 in Basel.

Für die Zukunft erachtet es der Referent als zentral, dass Landschaftsplanung und Stadtplanung als ebenbürtig behandelt werden.

## Diskussion

Ergänzungen zu Raum<sup>+</sup>:

- Der Ansatz kann auch auf der regionalen und kommunalen Ebene verwendet werden, ist aber geeigneter für ein grösseres Gebiet. Zentral ist die Fragestellung, die bearbeitet werden soll.
- Die Initialkosten betragen ca. 2 000-2 500 CHF, die Kosten für die Nachführung sind stark von der Grösse der Gemeinde und deren Siedlungsstruktur abhängig.
- Einer der schwierigsten Punkte ist es, die Eigentümerinteressen abzuschätzen und die Eigentümer zur Mitarbeit zu motivieren.
- Hinweis: Die Bewertung der erhobenen Flächen ist zentral, denn viele befinden sich an Orten, die für Verdichtung ungeeignet sind.

Weitere Diskussion

Dass Freiräume in einem besiedelten Gebiet sehr wichtig sind für die Lebensqualität, ist nicht umstritten. Es bestehen aber Fragen, Befürchtungen und Konflikte, wenn es um die Umsetzung geht: Wie kann der richtige Ort für einen Freiraum gefunden werden? Wie stehen Natur- und Sozialraum im Verhältnis zueinander? Welchen Einfluss haben Freiräume auf die Gesundheit(-skosten)? Was bedeutet Qualität im Bezug auf Siedlungen und Freiräume? Wie kann gewährleistet werden, dass Freiräume/Naturraum nicht von der Siedlung verdrängt werden? Aufgrund all dieser Fragen und Unsicherheiten ist eine mögliche Herangehensweise das partizipative Planen von Freiräumen.

Beispiel Basel: Der Landschaftspark dient als wichtiger Freiraum für die Bevölkerung. Daneben hat Basel ein Freiraumkonzept (nicht behördenverbindlich) und es werden Mehrwertabgaben erhoben, welche der Kanton für die Entwicklung von Freiräumen einsetzen kann.

Abschliessend ist ausgehend von den präsentierten Beispielen und der anschliessenden Diskussion festzuhalten, dass bei der Siedlungsentwicklung – wie eingangs von der Moderation erwähnt und illustriert – Dichte und Qualität einer Siedlung nicht linear zusammenhängen. Die Verdichtung kann somit auch als Chance zur Verbesserung der bestehenden Siedlungsqualität wahrgenommen werden. Wie gross dabei das zu mobilisierende Verdichtungspotenzial ist, wird sich kaum nur mechanisch aus dem heute geltenden planungsrechtlichen Rahmen (Nutzungsplanung) ableiten lassen. Das «passende» Mass wird eher ortsspezifisch zu ermitteln sein, ebenso durch die handlungsrelevanten Akteure wie auch durch die davon direkt Betroffenen. Sonst besteht die Gefahr, dass die Akteure aufgrund ihrer gegenseitigen Interessen, die bei dieser Thematik oft zum Ausdruck kommen, eine Mobilisierung der inneren Nutzungsreserven behindern.

### Workshop 3

## Natürliche Potentiale im ländlichen Raum in Wert setzen und nutzen

Moderation: Thomas Egger, Direktor Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)

Protokoll: Andreas Stalder, Bundesamt für Umwelt BAFU

### Einführung

Die Nutzung natürlicher Potenziale im ländlichen Raum mit neuen Ansätzen und Methoden kann wirtschaftliche Perspektiven eröffnen und Synergien in der Zusammenarbeit der Sektoren sowie der Akteure verschiedener Ebenen nutzbar machen.

### Präsentationen

*Präsentation 1: Modellvorhaben «Landschaftsaufwertung durch freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung» (Robert Wernli, Ackermann + Wernli AG)*

Ziel des Projekts ist einerseits die Vereinfachung der Bewirtschaftungsverhältnisse und andererseits die Aufwertung von Natur und Landschaft und deren Umsetzung durch die Bewirtschafter. Dabei sollen die geeigneten Flächen aufgrund eines Landschaftskonzepts bezeichnet und den geeigneten bzw. interessierten Bewirtschaftern zugeteilt werden. Die Ausgangslage ist charakterisiert durch eine grosse Zersplitterung des Grundeigentums und durch die sich daraus ergebenden langen Anfahrtswege und Bewirtschaftungserschwernisse.

Das Projekt tastet die Eigentumsverhältnisse nicht an und beschränkt sich auf eine freiwillige Neuordnung der Pachtverhältnisse auf der Grundlage von Verhandlungen; eine Rechtsgrundlage für weitergehende Schritte fehlt. Nach Abschluss des Projekts (Neuantritt) gilt wieder das ordentliche Pachtrecht, die sechsjährige Laufzeit der betroffenen Verträge beginnt neu. Das Projekt sieht im Weiteren keine baulichen Massnahmen vor. Im Bereich Landschaftsaufwertung erfolgt die Umsetzung beispielsweise über ein Vernetzungskonzept. Das Ergebnis findet Eingang in den kommunalen Kulturlandplan (im Kt. Aargau der ausserhalb des Siedlungsgebietes liegende Teil des Nutzungsplanes). Das Projekt ist mittlerweile Teil des regionalen Naturparks «Jurapark Aargau».

### Herausforderungen

- Ungewissheit über die Instrumente der neuen Agrarpolitik AP 14-17
- Starres Pachtrecht (verlängerte Pachtdauer, Vorkaufsrecht, fehlender Investitionsschutz (der allerdings beim Modellvorhaben, da nicht durch Strukturverbesserungskredite finanziert, keine Rolle spielt))
- Mehr Aufwand (3 statt 2 Jahre) als erwartet war für die Bereitstellung der Grundlagen erforderlich. Eigentlich ist das Vorliegen der digitalen Grundstückdaten unabdingbar.

## Lösungsansätze / Ergebnisse

- Sensibilisierung und Überzeugungsarbeit steht bei freiwilligen Projekten im Zentrum
- Das geltende (Pacht-)Recht lässt bei Konflikten und fehlender Einigung, z. B. bezüglich Vorkaufsrecht, keine Entscheide zu, so dass gütliche Einigungen unabdingbar sind. Allerdings konnten die meisten Betroffenen angesichts der schwierigen Ausgangslage (eine Gesamtmediation war wegen widersprüchlicher Interessen der Betroffenen nie zu Stande gekommen) in der Regel gewonnen werden.
- Die Methode wird mittlerweile auch in andern Kantonen angewendet; einzelne Erkenntnisse sollen in Gesetzgebungsprozesse einfließen (Revision Pachtrecht).

*Präsentation 2: Modellvorhaben «Le potentiel du bois-énergie en pâturage-boisé» (Roland Perrin, bureau Xylon)*

Im Zentrum steht der Einbezug einer grossen Zahl betroffener Sektoren mit ihren Akteuren (Landwirtschaft, Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Raumplanung sowie Energie/Umwelt). Die Projektleitung oblag dem Réseau urbain neuchâtelois (RUN) und die Umsetzung einem mandatierten Büro.

Ziel war die Lösung von Problemen in Zusammenhang mit der forstlichen Nutzung von Waldweiden (z. B. Nutzung der Kronen und Äste) in der gesamten Wertschöpfungskette. Die Energiewerte aus dieser Nutzung sollten ermittelt und die Kosten berechnet werden, um Entscheidungsgrundlagen für die künftige Nutzung der Waldweiden zu gewinnen. Diese Ziele konnten u. a. durch die Berechnung standardisierter Werte erreicht werden. Das für den Kanton Neuenburg ermittelte Potenzial beträgt 7300 Kubikmetern, was einem Äquivalent von 350'000 Litern Heizöl entspricht.

## Herausforderungen

- Datengrundlagen (GIS) und die Verifikation / Eichung der standardisierten Berechnungen
- Es braucht ein neues «Mass» für das Produkt: Statt Baumhöhe/Brusthöhendurchmesser wird auf Baumhöhe/ Volumen abgestellt. Zudem sind die Verhältnisse für Nadel- und Laubholz aufgrund unterschiedlicher Energiewerte des Holzes unterschiedlich.

## Lösungsansätze / Ergebnisse

- Eigentümer: Energieproduktion ist besser als das blosse Verbrennen der Baumnebenprodukte
- Forstbetriebe: Die Nutzung lässt sich dank der standardisiert berechneten Kosten kalkulieren. Damit können die Verhandlungen zwischen Anbietern (Eigentümern), Unternehmern und Markt erleichtert werden (Einbezug der ganzen Wertschöpfungskette).
- Die Methode wird nun im ganzen Kanton Neuenburg sowie im Kanton Waadt verwendet. Sie eignet sich aufgrund der Standardwerte auch für nicht inventarisierte Gebiete.

## Diskussion

Die Frage, ob die Projekte auch ohne Modellvorhaben initiiert und umgesetzt worden wären, wird verneint. Erfolgsfaktoren für die Umsetzung dank Modellvorhaben sind:

- Keine oder reduzierte Kosten dank Finanzierung der Methodik und der Grundlagen
- Mit dem Modellvorhaben erfolgte eine wirkungsvolle Sensibilisierung für die anstehenden Probleme
- Modellvorhaben ermöglichen Win-win-Lösungen und stellen Anschubfinanzierung sicher
- Als Probleme werden Trittbrettfahrer und die Gefahr der zu grossen Komplexität bzw. zu grosser Forderungen und Erwartungen gesehen. Beschränkung des Projekts und klare Regeln sind von Anbeginn an nötig.

## Synthese

- Hindernisse überwinden durch
  - Sensibilisierung
  - Finanzielle Anreize durch Finanzierung des Projekts und des Prozesses
  - Impulsfaktoren erkennen
- Prozesssteuerung hinsichtlich
  - Kompetenz
  - Legitimation
- Langfristigkeit des Projekts / Prozesses (über die Dauer des Modellvorhabens hinaus)
- Übertragbarkeit der
  - Modelle/Methodik
  - Prozesse
  - Produkte (im Modellvorhaben Bewirtschaftungsarrondierung ist der Schlussbericht eine Art Wegleitung)

Die Inwertsetzung natürlicher Potenziale im ländlichen Raum betrifft oft verschiedene Politikbereiche. Die Modellvorhaben werden als guter Ansatz zur Förderung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit gewertet. Sie könnten auch als Vorbild für vergleichbare Ansätze auf kantonaler Ebene dienen.

## Workshop 4

### Integriert und strategisch in Agglomerationen planen

Moderation: Pierre Feddersen, Feddersen & Klostermann und Michèle Tranda, Topos urbanisme

Protokoll: Josianne Maury, Bundesamt für Raumentwicklung ARE

#### Einführung

Thema dieses Workshops ist die Gouvernanz. Ausgehend von zwei gemeindeübergreifenden Modellvorhaben – Malley in der Agglomeration Lausanne-Morges sowie Cornaredo in der Agglomeration Lugano – soll untersucht werden, wie sich die Gemeinden im Hinblick auf die Planung und Durchführung komplexer Projekte organisiert haben und wie die Schlüsselakteure dabei berücksichtigt wurden. Zum Einstieg fasst Michèle Tranda-Pittion einige grundlegende Informationen zusammen. Sie verweist auf die Broschüre «Strategische Teilgebiete der Agglomerationen», welche im Rahmen der Auswertung der Modellvorhaben erarbeitet wurde. Darin werden sieben Grundsätze für die Entwicklung eines strategischen Teilgebiets identifiziert, wovon einer die Gouvernanz betrifft: Es muss mit den verschiedenen Gruppen von betroffenen Akteuren zusammengearbeitet werden, und zwar über den gesamten Prozess hinweg. Die zentrale Frage des Workshops ist: Warum ist eine integrierte Planung in Agglomerationen so wichtig? Integriert vorgehen bedeutet, dass im Sinne der nachhaltigen Entwicklung in strategischen Teilgebieten Infrastrukturvorhaben, soziale Aspekte sowie die verschiedenen Akteure gesamthaft betrachtet werden. Strategische Teilgebiete sind zwar auf einer anderen Ebene als Agglomerationen, sie können aber als Initiator für die Entwicklung der gesamten Agglomeration dienen. In Bezug auf die Projekte, die in diesem Workshop vorgestellt werden, soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Welche Formen der Gouvernanz werden im Hinblick auf die Planung und Durchführung des Vorhabens angewendet und wie haben sie sich im Laufe der Zeit verändert?
- Auf welche Grundlagen stützen sich diese neuen Organisationsformen (Gesetze, Vereinbarungen, andere)?
- Wie werden die verschiedenen Schlüsselakteure (z. B. aus Verwaltung und Politik) einbezogen und wer stellt die Koordination sicher?
- Welche Ratschläge können den Personen, die komplexe Projekte leiten und diese in den kommenden Jahren umsetzen, gegeben werden?

## Präsentationen

*Präsentation 1: Malley – von der Brache zur Stadt, (Ariane Widmer – Leiterin Entwicklungskonzept Lausanne West (Schéma directeur de l'Ouest lausannois, SDOL) und Tinetta Maystre – Stadträtin von Renens)*

Ariane Widmer präsentiert das Projekt Grand Malley. Dieses ist Teil einer übergeordneten Planung, die ihrerseits auf dem Entwicklungskonzept Lausanne West (Schéma directeur de l'ouest lausannois, SDOL) beruht. Das Gebiet Grand Malley umfasst eine Fläche von 80 ha und erstreckt sich über drei Gemeinden. Hier soll Raum für 16 200 Bewohnerinnen und Bewohner sowie für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die wichtigsten Etappen des Projekts sind folgende:

- 2006–2007 Teststudie über Malley und Synthese;
- 2008–2011 verschiedene technische Studien und Erarbeitung des interkommunalen Richtplans Malley;
- seit 2012 Wettbewerb für die städtebauliche Entwicklung und Gestaltung der öffentlichen Räume und Quartiere für den Sektor Malley-Centre (Teilgebiet von Grand Malley). Diese Vorgehensweise spiegelt sich auch in der Gouvernanz wider: Die Projektleitung wird dank einer interkommunalen Struktur gewährleistet, die ihrerseits vom Büro des SDOL geleitet wird.

Tinetta Maystre erklärt, dass in diesem Sektor gegenwärtig eine Vielzahl von Projekten durchgeführt wird. Es muss ein Weg gefunden werden, wie diese Projekte so begleitet werden können, dass die ursprünglichen Ambitionen beibehalten und die angestrebte Standortqualität gewährleistet werden können. Dank Qualitätschartas, einer umfassenden Kommunikation und der Berücksichtigung der räumlichen Besonderheiten sollte dies möglich sein. Tinetta Maystre macht darauf aufmerksam, dass die neun am SDOL beteiligten Gemeinden 2011 für die Beachtung des ursprünglichen Charakters des Gebietes während der Durchführung des Projekts mit dem Wakkerpreis ausgezeichnet wurden. Das Projekt Grand Malley wird nach wie vor von mehreren beteiligten Partnern gemeinsam weiterentwickelt. Dies wird auch in Zukunft so weitergeführt werden auch, wenn neue, für Teilprojekte verantwortliche Akteure involviert werden. Zu gegebener Zeit werden Rahmenverträge, Vereinbarungen und Qualitätschartas abgeschlossen werden.

*Präsentation 2: Cornaredo, interkommunale Planung für ein Event-Quartier (Angelo Jelmini – Stadtrat von Lugano und Präsident der Agenzia NQC, Roberto Lurati – Gemeindepräsident von Canobbio, Stefano Wagner – Fach-Koordinator)*

Stefano Wagner gibt einen Überblick über das Nuovo Quartiere Cornaredo (NQC). Das Projekt NQC bezweckt die städtebauliche Neugestaltung eines bisher vernachlässigten Gebiets, welches dank der Nutzung neuer Möglichkeiten zum Tor zu Lugano werden soll. Das im Entstehen begriffene Eventquartier im Raum Cornaredo ist in einen Metropolitanraum eingebettet. Welche Formen der Gouvernanz wurden angewendet und wie haben sie sich entwickelt?

1. Etappe – von der Idee zur urbanen Vision: Die Zusammenarbeit zwischen den vier Gemeinden (drei nach der Fusion von Lugano mit Nachbargemeinden) erfolgte auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung. In dieser Phase wurde eine gemeindeübergreifende Vision erarbeitet und ein internationaler Wettbewerb in Städtebau durchgeführt.

2. Etappe – von der Vision zum Masterplan: Die drei Gemeinden gründeten den «Tavolo NQC», eine Arbeitsgruppe in der alle drei Gemeinden und der Kanton vertreten waren. Die allgemeine Koordination wurde durch einen externen Projektmanager sichergestellt. In dieser Phase wurde der Masterplan erarbeitet, der als Grundlage für die Realisierung des Quartiers diente.

3. Etappe – vom Masterplan zur Realisierung: Der «Tavolo NQC» wurde durch die «Agenzia NQC» abgelöst und institutionalisiert. Möglich wurde dies dank einer Neuerung im Tessiner Gemeindegesetz (*legge organica comunale, LOC*), die den Gemeinden die Möglichkeit gibt, öffentlich-rechtliche interkommunale Strukturen in Form einer AG zu schaffen. Die fachliche Koordination wurde einem externen Team übertragen. Dieses arbeitet auf der Grundlage einer Leistungsvereinbarung, die alle vier Jahre erneuert wird.

Dank dem Modellvorhaben konnte diese dritte Etappe durchgeführt werden. Nachdem die Agentur ihre Arbeit nun aufgenommen hat, geht es in Zukunft darum, das Potenzial für Investitionsprojekte auszuschöpfen, die im Rahmen von Kooperationsmandaten in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften durchgeführt werden.

## Diskussion

Im Zuge der Diskussion kristallisieren sich folgende Erkenntnisse heraus:

- Für die langfristige Fortsetzung eines Projekts (Übergang von der Planungs- zur Durchführungsphase) braucht es *engagierte Persönlichkeiten*, die aussergewöhnliche Vorhaben realisieren wollen, aber auch *zweckmässige Projektstrukturen* (z. B. Agenzia NQC im Falle von Cornaredo) und eine *gemeinsame Vision* für die künftige Entwicklung des Gebiets.
- Die *gemeinsame Vision* ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Entwicklung eines strategischen Teilgebiets. Allerdings besteht das Risiko, dass die Vision eine Utopie bleibt. Damit die Vision Realität werden kann, muss projektweise vorgegangen werden.
- Auf die Frage, ob die *Institutionalisierung der Strukturen* zur Realisierung einer Vision nötig ist, lautet die Antwort der Teilnehmenden: nicht in jedem Fall. Ausschlaggebend dafür ist der lokale Kontext: Während das Projekt NQC institutionalisiert wurde, werden im Fall von Malley die vorhandenen Strukturen (die nicht institutionalisiert sind) den gegenwärtigen Bedürfnissen durchaus gerecht. Allerdings haben sich die Mentalität und der Kontext gewandelt, so dass eine Institutionalisierung früher oder später notwendig werden dürfte.

## Workshop 5

### Nutzen-Lastenausgleich: überkommunal planen und gemeinsam profitieren

Moderation: Jürg Inderbitzin, Hochschule Luzern

Protokoll: Melanie Butterling, Bundesamt für Raumentwicklung ARE

#### Einführung

Im Rahmen eines internen Arbeitspapiers des ARE stellte man fest, dass die gemeindeübergreifende Planung unzureichend ist und bestehende Ausgleichmechanismen wie NFA auf der Ebene der Nutzungsplanung und als Hilfsmittel für die überkommunale Planung nicht greifen. Gleichwohl braucht es für überörtlich relevante Standortentscheide Instrumente und Strukturen, damit die betroffenen Gemeinden vom Nutzen profitieren, aber auch die Kosten gemeinsam tragen bzw. ausgleichen können. Im Rahmen von acht Modellvorhaben unterstützte der Bund von 2007 bis 2011 entsprechende Projekte. Die Projekte verfolgten das Ziel, Hinweise und Erkenntnisse zu erhalten, was die Auslöser für eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit sind, welche Lösungsansätze in den Regionen erarbeitet werden um eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zu gewährleisten, wie die dadurch entstehenden Planungsvor- und -nachteile ausgeglichen werden und welche Erfolge und Hemmnisse sie dabei im Projektverlauf zu verzeichnen haben.

Die acht Modellvorhaben lassen sich einerseits nach dem Inhalt in drei Typen einordnen:

A gemeindeübergreifende Konzeption (z. B. Freiflächenkonzeption in Birstalstadt)

B gemeinsame Vermarktung (z. B. wie im Aargauer Eigenamt)

C gemeindeübergreifende Nutzungsplanung (z. B. Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon)

Und andererseits nach Typen, bei welchen sich die Frage eines NLA unterschiedlich stellt:

A gemeinsamer Kostenteiler

B Kostenteiler

C NLA-Modell

Beide Projekte, die im folgenden kurz präsentiert werden, können der Kategorie C zugeordnet werden.

## Präsentationen

### *Präsentation 1: Überkommunale Nutzungsplanung Region Thun-Innertport (Melchior Buchs, ALPGIS AG)*

In der Agglomeration Thun wollte man insbesondere die Frage klären, ob sich nicht über den Weg einer überkommunalen Nutzungsplanung eine gemeinsame regionale Arbeitszone einrichten liesse. Als Projektrahmen wurde von 2008 bis 2011 ein Modellvorhaben realisiert, mit dem vier Hauptziele verfolgt wurden:

1. Erarbeiten und Aufzeigen von konkreten Entwicklungsszenarien für die effizientere und wirtschaftlich verbesserte, nachfrageorientierte überkommunale Nutzung freier Landreserven in der Agglomeration Thun.
2. Erarbeitung einer koordinierten Strategie von Raumplanung und Standortmarketing für Arbeitszonen in der Agglomeration Thun.
3. Ausarbeiten und Prüfen von konkreten finanziellen Ausgleichsmechanismen zur überkommunalen «Mobilisierung» und Nutzung von Industrie- und Gewerbebezonen.
4. Überprüfen der Anwendung des Landumlegungsinstruments zum Abtausch von Zonen, zur Aus- und Umsiedlung von Betrieben oder für die spezifische Entflechtung von sich gegenseitig blockierenden Nutzungen.

Die Analyse der Arbeitszonen-Standorte der Stadt Thun und der vier Gemeinden Steffisburg, Spiez, Heimberg und Uetendorf kam zum Ergebnis, dass entgegen der anfänglichen Annahme in den peripheren Gebieten kaum mehr freie Arbeitszonen vorhanden sind und somit ein Abtausch oder eine überkommunale Umlegung von freien Flächen kein Thema ist. In der Konsequenz hat sich damit bestätigt, dass eine koordinierte Entwicklung und Nutzung der noch freien Reserven im Entwicklungsschwerpunkt Thun Nord sowie in den angrenzenden Gebieten eine Notwendigkeit ist und die einzige zukunftsorientierte Entwicklungsmöglichkeit darstellt.

Das Modellvorhaben hat gezeigt, dass für ein solches partizipatives Planungsvorgehen die bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen genügen. Grundvoraussetzung ist jedoch der Wille und das Verständnis bei allen Beteiligten für eine regionale Zusammenarbeit.

### *Präsentation 2: Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon (Christine Leu, Association pour le développement du Nord vaudois (ADNV))*

Das Modellvorhaben «Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon» ist das einzige Projekt, beim dem eine gemeindeübergreifende Nutzungsplanung im Bereich der Wohnzonen realisiert wurde. Die Initiative für dieses Modellvorhaben kam vom Regionalverband Nord Vaudois. Das Projekt umfasst 10 Gemeinden des Vallon du Nozon mit rund 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Ein wesentlicher Anstoss zu diesem Projekt war eine Weisung im kantonalen Richtplan, die von den Gemeinden mit zu grossen Bauzonen bis ins Jahr 2018 erhebliche Rückzonungen verlangt. Aufgrund der tiefen Bevölkerungsentwicklung (Bevölkerungszuwachs von 8 % in den letzten 15 Jahren) und Bauzonenreserven, die für ein Bevölkerungswachstum von 35 % ausreichen würden, stand diese Region unter dem Druck der Rückzonung.

Das Modellvorhaben hatte zum Inhalt, die erforderlichen Rückzonungen soweit möglich durch Umlagerungen von Wohnzonen zu ersetzen. Dabei sollen Flächen an Standorten mit tiefem

Nachfragepotential in ein zentrales, gut erschlossenes Neubaugebiet in Croy-Romainmôtier «verschoben» werden. Die Grundeigentümer, deren Bauland umgelagert wurde, erhalten in der neu geschaffenen Wohnzone Miteigentumsanteile im Wert ihres ursprünglichen Grundstücks. Dies ist für die Grundeigentümer insofern ein attraktives Angebot, als ihr schlecht verkäufliches Bauland an peripherer Lage in Wertanteile an einem Baugebiet mit höherem Nachfragepotential getauscht werden konnte. Insgesamt 14 Varianten wurden geprüft.

## Diskussion

### 1. Projekt Überkommunale Nutzungsplanung Region Thun-Innertport

Gibt es Ideen und entsprechende Kriterien, welche Betriebe angeworben werden sollen?

- In den Gemeinden ist es stark umstritten, ob man sich einengen soll. Im Gespräch sind Industrie und Umwelttechnologiefirmen. Entsprechende Kriterien sind in Erarbeitung.

Wem gehört der Boden?

- VBS/Armasuisse, RUAG, Gemeinden Thun und Steffisburg
- Das sind professionelle Grundeigentümer mit entsprechenden Vor- und Nachteilen. Momentan ist man daran, eine grundeigentümergebundene Nutzungsplanung zu erarbeiten. Die Armasuisse hat einen langfristigen Umstrukturierungsprozess vor.

### 2. Projekt Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon

Wie haben die Grundeigentümer auf das Projekt reagiert?

- Das Projekt wurde mit den kommunalen Behörden entwickelt. Die Grundeigentümer wurden erst nachgelagert involviert. Einige Grundeigentümer wussten über die Bestimmungen des kantonalen Richtplans nichts und waren daran interessiert die Grünflächen abzutauschen/zu behalten.

War die Beteiligung der Grundeigentümer freiwillig?

- Leider wollen die Gemeinden nicht mitmachen. Wenn sie mitgemacht hätten, wäre die Beteiligung freiwillig gewesen mit dem Hinweis des Kantons, dass eine Rückzonung verlangt wird.

Welche Ausnützungsziffer gäbe es im neuen Zentrum Croy-Romainmôtier?

- 0.8.

Wie wurde dies von den Grundeigentümern aufgenommen, dass im neuen Zentrum so eine Verdichtung vorliegt?

- Einige wollten die schöne Aussicht behalten.

Was waren die hauptsächlichen Schwierigkeiten des Projektes?

- Der Nachfragedruck aus Lausanne gab den Eigentümern im Vallon du Nozon die Möglichkeit, ihre Parzellen noch vor dem «drohenden» Abtausch verkaufen zu können.
- Einige Eigentümer sahen ihr Land auch als Reserve für die Erben an und verschlossen sich aus diesem Grund einem Abtausch.
- Es gab seitens der Behörden auch grundsätzliche Vorbehalte gegen eine Zentralisierung des Baulandes und einzelne Behörden befürchteten einen Autonomieverlust.
- 3 Franken sind zu wenig Potential.

## Synthese

Folgende wichtigste Erkenntnisse und Erfahrungen können aus den acht Projekten abgeleitet werden (siehe im Detail auch den Vertiefungsbericht Nutzen-Lastenausgleichssysteme):

- Es gibt keine Patentlösungen.
- Man muss in den Prozess vertrauen haben und die Freiheiten der Modellvorhaben werden als gut erachtet: Alle acht Projekte sind irgendwo gestartet und haben ihre je individuellen Wege genommen. Die Projekte haben sich weiterentwickelt und haben im Prozess wichtige Erfahrungen gesammelt.
- Grundeigentümer müssen rechtzeitig eingebunden werden: Wann ist der richtige Zeitpunkt?
- Personelle Wechsel können Vor- und Nachteile haben.
- Es ist einfacher, die gemeindeübergreifende Nutzungsplanung mit entsprechendem NLA bei Arbeitszonen als bei Wohnzonen zu thematisieren.
- Eine genaue Auflistung der Nutzen und Lasten ist oftmals weder notwendig noch sinnvoll.
- Soll die Bemessung eines NLA vorgängig oder erst nachgelagert erfolgen?
- Die stärkste Wirkung des NLA liegt in dessen Ankündigung. Gemeinden werden nicht bereit sein, sich auf Diskussionen zur überkommunalen Nutzungsplanung einzulassen, wenn sie keinen NLA in Aussicht gestellt bekommen.